Kleppers Geschäfte statutenwidrig

Das Urteil des Preußenkasse-Präsidenten

Berlin, 20. Okt. Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages vernahm heute zunächst den gegenwärtigen Präsidenten der Preußenkasse, Dr. Helfferich, zu der Mittelhergabe für die „Kölnische Volkszeitung". Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Präsident Helfferich der Auffassung sei, daß das von seinem Amtsvorgänger, dem Präsidenten Klepper, getätigte Geschäft mit der „Kölnischen Volkszeitung" in den Rahmen der Befugnisse der Preußenkasse falle, erwiderte Helfferich:

Nein, es fällt nicht darunter.

(Bewegung.) Der Vorsitzende bringt dann zur Sprache, daß Herr Klepper als Präsident der Preußenkasse im Jahre 1928 ein Gehalt von rund 75 347 Reichsmark, und in den Jahren 1929 bis 1931 ein Gehalt von je 75 000 Reichsmark erhalten habe, wobei seit Beginn von 1929 noch eine jährliche Vergütung von je 25 000 Reichsmark hinzugetreten sei für Kleppers Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Genossenschaftsrevisions- und Treuhand G. m. b. H. Das Gehalt sei dann seit 1931 um 20 Prozent gekürzt worden. Präsident Helfferich sagt, daß die Deutsche Genossenschaftsrevisions- und Treuhand G. m. b. H. bereits seit mehreren Jahren in eine Aktiengesellschaft umgewandelt sei, die sehr große Revisionsaufgaben zu erfüllen habe.

Eine Deutsche Genossenschaftsrevisions- und Treuhand G. m. b. H., die als Vermittlungsstelle für die Ueberleitung der Gelder an die Kölner Görres-haus-A.-G. gegründet wurde, habe augenblicklich keinerlei Funktionen.

Er habe keinen Zweifel, daß Klepper die Zusatzvergütung von der Revisionsstelle erhalten habe, die wirklich die Revisionen leiten mußte. Die Frage des Vorsitzenden, ob während seiner Amtszeit als Präsident der Preußenkasse von staatlicher Seite an ihn herangetreten worden sei, um Preußenkassenmittel zur Finanzierung von Zeitungen zu verwenden, verneint der Zeuge.

Es folgte eine Erörterung des jetzigen Wertes des von der Preußenkasse finanzierten Aktienpaketes der „Kölnischen Volkszeitung". Präsident Helfferich sagt dazu, dieser Wert hänge wesentlich davon ab, daß die Preußenkasse sich weiterhin auf den Poolvertrag stütze, weil sie ja nur ein Minderheitspaket besitze. Auf jeden Fall müsse die Preußenkasse nach dem Vertrag ihr Aktienpaket an Zentrumsmänner verkaufen. Auch bei der „Germania" handele es sich um Namensaktien, die nur mit Zustimmung der „Germania" veräußert werden könnten. Bei einer Erörterung der Möglichkeiten des Preußenkassenpräsidenten aus dem Organisationsstatut bleibt Präsident Helfferich dabei,

daß der Geschäftskreis klar umrissen sei und lediglich in der Gewährung von Personalkredit, namentlich an Genossenschaften, bestehe.

Die weiteren Befugnisse beschränkten sich auf den Abschluß von Hilfsgeschäften zur Durchführung der Hauptaufgabe. Als ein Zentrumsmitglied zur Sprache brachte, daß die Preußenkasse jetzt auf das Reich übergehen und Preußen dann sein Kapital verlieren würde, sagte Präsident Helfferich, er sei nicht befugt, über die schwebenden Verhandlungen Auskunft zu geben, könne aber sagen, daß der preußische Staat sehr stark beteiligt bleiben werde. Nach seiner Kenntnis werde die Transaktion durch Reichsgesetz erfolgen. Wenn Herr Klepper gesagt habe, der Geschäftsumfang der Preußenkasse werde durch freies Ermessen des Präsidenten bestimmt, so könne er, Helfferich, dieser Auffassung nicht folgen.

Im weiteren Verlauf wurde Redakteur Loewy vom Handelsdienst des WTB. vernommen, der aber über angebliche Subventionierungen der Landwirtschaftlichen Wochenschau nichts wußte. Der Schriftleiter dieser Wochenschau selbst, Melzer, erklärte, er halte es für unmöglich, daß sein Verlag je einen Pfennig Subventionen erhalten habe. Auf eine Frage des deutschnationalen Abg. Steuer, ob man etwa von seiten der Preußenkasse früher an ihn herangetreten sei, erwiderte der Zeuge:

Das einzige Bestechungsangebot, daß mir je in meinem Leben gemacht worden ist, hat mir Herr Klepper gemacht.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Verhandlung noch an.)

Keine Subventionen des Reichswehrministeriums

Berlin, 20. Oktober. Zu den gestrigen Aeußerungen des kommunistischen Abgeordneten Rau im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags über angebliche Subventionszahlungen des Reichswehrministeriums an Zeitungen erklärt das Reichswehrministerium, daß aus Mitteln dieses Ministeriums keinerlei Unterstützungen an Zeitungen gezahlt worden sind bzw. gezahlt werden, auch nicht an die „Tägliche Rundschau" und die „Berliner Börsenzeitung". Ebenso unzutreffend sind die Behauptungen über irgendwelche Beteiligungen des Reichswehrministeriums an Zeitungen.

Die Reichswehrehrenwache in Koburg

Berlin, 20. Okt. Auf die Frage, wie die Reichswehr dazu komme, eine Ehrenwache zur Hochzeit in Koburg zu stellen, wird von zuständiger Stelle erklärt, die Ehrenwache von 30 Mann sei im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amte auf der Veste Koburg stationiert worden, weil zur Zeit dort der Sohn eines ausländischen Staatsoberhauptes, nämlich der Kronprinz von Schweden, anwesend sei.

Streik in Braunschweig – Gewerkschaften unbeteiligt

Braunschweig, 20. Oktober. Die Fabrikbetriebe der Braunschweigischen A.-G. für Jute und Flachsindustrie, die etwa 700 Arbeiter beschäftigen, sind am Donnerstag früh infolge Streiks der gesamten Belegschaft stillgelegt worden. Der Streik ist erfolgt, weil der Lohn für die 31. bis 40. Stunde um 30 Prozent gekürzt werden sollte wegen Mehreinstellung von 90 Mann. Bemerkenswert ist, daß die Gewerkschaften an dem Streik völlig unbeteiligt sind.

Bürgersteuer für Berlin 500 Prozent

Berlin, 20. Okt. Der Oberpräsident hat den Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Sahm, die Bürgersteuer für 1933 in Höhe von 500 v. H. zu erheben, am Donnerstag genehmigt.

Dr. Best außer Verfolgung gesetzt

Leipzig, 20. Oktober. Durch einen nach nichtöffentlicher Beratung gefaßten Beschluß des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 12. Oktober ist der Verfasser des bekannten „Boxheimer Dokumentes", Dr. Best, aus tatsächlichen Gründen wegen mangelnden Beweises hinsichtlich der Anschuldigung des versuchten Hochverrats außer Verfolgung gesetzt worden. Die Angelegenheit Dr. Bests ist damit restlos erledigt.

Verringerte schwebende Schuld des Reiches

Berlin, 20. Okt. Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug am 30. September 1932 1757,1 Millionen Reichsmark, gegenüber 1908,8 Millionen Reichsmark am 31. August 1932.

Devisenhöchstbeträge unverändert

Berlin, 20. Oktober. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat November 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen — ebenso wie bereits für die Monate ab Mai d. J. — nur bis zur Höhe von 50 Prozent in Anspruch nehmen dürfen.

Das neue rumänische Kabinett

Sinaja, 20. Oktober. Der König hat heute mittag die ihm vorgelegte Kabinettsliste gutgeheißen. Sie umfaßt u. a. folgende Namen: Ministerpräsident Manin, Außenminister Titulescu, Minister für Siebenbürgen Crisan.

Zeppelin wieder in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 20. Oktober. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Mittwoch um 21 Uhr von seiner achten Südamerikafahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Die Landung erfolgte um 21,40 Uhr glatt. Das Luftschiff brachte vierzehn Fahrgäste mit, die zum Teil von Rio de Janeiro kamen.

v. Gronau in Kolombo. Der deutsche Weltflieger v. Gronau ist am Donnerstag in Kolombo eingetroffen.

Oertliches und Sächsisches

Das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften

In der Sitzung des Zwischenausschusses des Landtages erklärte Ministerpräsident Schieck die Notwendigkeit der zu erlassenden Notverordnung über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften unter Hinweis auf die noch nicht vom Landtag verabschiedete Gesetzesvorlage Nr. 51. Die Notverordnung will nur die Ersatzsteuer für die Einheitssteuer im Sinne des § 4c der Gesetzesvorlage regeln. Zustimmend äußerte sich neben dem deutschnationalen Abgeordneten Siegert der Wirtschaftspartei Dr. Wilhelm. Der Sozialdemokrat Nebrig behielt sich die Stellungnahme für das Plenum vor. Der Kommunist Renner war grundsätzlich gegen Notverordnungen und gegen die Frage der Trennung von Staat und Kirche, sowie gegen eine neue Belastung der Bauernschaft. Hierzu nahmen der Demokrat Dr. Kastner, der Volksparteiler D. Hickmann und der deutschnationale Abgeordnete Schladebach Stellung. Die Landwirtschaft sehe in dieser Neuordnung keine neue Last. Die Landgemeinden bedürften ihrer besonders nötig. Da der Zwischenausschuß von neuem zu hören ist, fand keine Abstimmung statt.

Nationalsozialismus und Arbeitsdienst

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Vorbereitungsstelle für den Arbeitsdienst, hatte zu einem Vortragsabend vor geladenen Gästen aufgerufen. Es sprach Oberst a. D. Konstantin Hierl, München. Er führte aus, daß es grundfalsch sei, im Arbeitsdienst nur ein Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erblicken; er könne auch nicht die Arbeitslosigkeit wirklich beheben. Das sei nur möglich durch Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die Wirtschaftsideen des Nationalsozialismus. Zur Zeit sei der Arbeitsdienst nur ein Tropfen auf heißem Stein. Wesentliche Wirkung könne nur eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht bringen, die aus volkswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Gründen nötig sei. Es sei überflüssig, den Versuch der friedlichen Eroberung der Welt durch Handel und Verkehr zu wiederholen. Es müsse darum die möglichste Selbstversorgung eintreten. Dazu könne die Eroberung neuen Ackerbodens führen; diese sei durch unsere politische Schwäche unmöglich. Bleibe nur die Verbesserung der eigenen deutschen Bodenerzeugung. Diese sei in einem so weiten Maße möglich, daß sie Erfolg haben könne. Es sei insgesamt ein Mehrertrag von 2½ Milliarden Mark zu erzielen. Ebenso könnten Hochwasserschutz und Landgewinnung an der See die Ertragsmöglichkeit wesentlich erhöhen. Die Erfüllung dieser Aufgaben falle keinem anderen Unternehmen zu als dem Arbeitsdienst. Im Anschluß daran bekundete der Redner die Notwendigkeit der Auflockerung unserer Städte. Damit sei auch die geistige Verstädterung unseres Volkes umzuwandeln in bodenständige Volkskultur.

Die volkserzieherische Aufgabe des Arbeitsdienstes sei unverkennbar; sie müsse vor allem staatspolitische Erziehung sein, müsse jeden jungen Menschen zu dem Bewußtsein bringen, daß die Arbeit im Arbeitsdienst Dienst am ganzen Volke sei. Dieser solle geleistet werden aus dem Begriff des „Arbeitsadels" und der „Arbeitsehre". Das ethische Moment des Arbeitsdienstes sei ebenso groß wie das der Landesverteidigung.

Der Redner übte besonders Kritik an der Zuteilung des Arbeitsdienstes an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter und sprach sich für die Verwendung der Führer des jetzigen Freiwilligen Arbeitsdienstes im künftigen Pflichtarbeitsdienste aus.

—* **Auflösung der Rechnungsämter in Sachsen?** Von den vielen Verwaltungsreformplänen, die bei der sächsischen Regierung Gegenstand der Erörterungen sind, scheint der der Auflösung der Ministerialrechnungsämter praktische Bedeutung erlangen zu wollen. Ein Teil der Aufgaben soll völlig wegfallen, während die übrigen Arbeiten, soweit sie nicht vom Staatsrechnungshof selbst mit übernommen werden, bei den verschiedenen Ministerialabteilungen oder von den nachgeordneten Kassenstellen mit erledigt werden sollen. Die beteiligten Beamtenverbände wenden sich gegen diese Pläne und haben der Regierung Eingaben dagegen unterbreitet.

Neue Preise der Staatsoper

Vor kurzem sind die Eintrittspreise der Dresdner Staatstheater auf die Beträge der Vorkriegszeit gesenkt worden. Aus diesem Anlaß erhalten wir von Oberregierungsrat Friedrich v. Schuch, einem Sohn des großen Dirigenten, die folgende sehr beachtliche Zuschrift:

Jeden Opernfreund muß die geringe Teilnahme der Dresdner Bevölkerung an dieser Kunststätte mit Wehmut und Sorge erfüllen. Bis zu einem gewissen Grade war es ja immer so. Schon zu meines Vaters Zeiten war die Oper das Schmerzenskind der Generalintendanz. Das Schauspiel hielt sich durch sein Abonnement und wachte vielleicht etwas allzu eifrig darüber, daß ihm nicht etwa die Oper durch die gleiche Einrichtung Konkurrenz mache. Die Einführung der Stammsitze bot keinen hinreichenden Ersatz. So war die Oper allein auf ihre Zugkraft angewiesen, und die wirkte bei den Einheimischen, soweit es sich nicht um Sensationsaufführungen handelte, nicht allzu stark. Der Dresdner war sich zwar mit Stolz bewußt, daß die Mauern seiner Stadt traditionsgemäß eine der führenden Opern der Welt beherbergten, er ließ sich aber diesen Ruhm vom Königshause und von den Fremden bezahlen. Der Vorteil des Vorhandenseins dieser Mäzene verwandelt sich nun nach ihrem Wegfall in sein Gegenteil. Die Dresdner Bevölkerung hat im großen und ganzen nie so recht ein Gefühl dafür bekommen, wie man es anderwärts auch in wesentlich kleineren Städten beobachten kann, daß lebendige Teilnahme an den heimischen Kunststätten Pflicht ist, deren Erfüllung auch unter Opfern erwartet werden kann.

Zwei Ausflüchten gilt es hier kurz zu begegnen. Die eine läßt sich etwa in die heute klassischen Worte fassen: „Die ganze Richtung paßt mir nicht!" Begründet wird diese Sentenz verschieden. Die einen halten sich nicht für genügend musikalisch (ohne übrigens deswegen öfters ins Schauspielhaus zu gehen), andere behaupten, die ethische, ästhetische, politische und soziale Grundlage der Oper sei geschwunden, die meisten aber mäkeln am Spielplan. Alles Ausreden! Die musikalische Begabung ist gradmäßig so vielfältig abgestuft, daß man wohl die Behauptung wagen kann, völlig unmusikalisch ist keiner. Musikverständnis, wie das Verständnis für jede Kunst, ist sehr wesentlich eine Frage der Erziehung, auch der Selbsterziehung, und wie kann die besser gewonnen werden, als durch fleißigen Besuch der Kunststätten. Auf die mäßige Frage, „Wie lerne ich reiten?" hat ein alter Kavallerist die treffende Antwort gegeben: „Auf dem Pferde!" Und was die übrigen Einreden anlangt, das Märchen, daß die Romantik, der Nährboden unserer klassischen Oper, tot sei, glaubt längst kein Kind mehr, und die Mäkler und Besserwisser mögen erst durch eifrige und lebendige Anteilnahme den Anspruch auf Beachtung ihrer oft recht persönlichen Wünsche nach Verbesserung und Erneuerung als berechtigt nachweisen.

Der zweite gewichtigere Einwand ist die Not der Zeit und jedes einzelnen. Es ist richtig, fast jeder ist heute gezwungen, seine Ausgaben aufs schärfste auf ihre Notwendigkeit nachzuprüfen und die Erholungs- und Erbauungsstunden sorgfältig auszuwählen. Hier braucht die Oper nicht zu fehlen. Man kann auch heute noch in Dresden manche Stätte betreten, an der der leichten Muse, dem Tanze oder auch nur dem Essen und Trinken gehuldigt wird, und wo nur schwer ein Platz zu bekommen ist. Auch kenne ich manchen Dresdner, der es seiner Bildung schuldig zu sein glaubt, alle Filme gesehen zu haben, von denen man spricht. Ich gönne jenen Vergnügungsstätten durchaus ihre Beliebtheit und verkenne nicht den Erholungs-, Bildungs- und auch Kunstwert der Kinos, wenn auch die gedrängte Darstellungsweise, zu der der Film zwingt, zu Oberflächlichkeit verführt und gerade einer künstlerischen, dramatischen Entwicklung wenig günstig ist. Ich wende mich nur gegen die Behauptung, daß wirtschaftliche Gründe nicht auch den Besuch der Oper oder des Schauspiels neben anderer Erholung ab und zu gestatten. Mögen die neuen Preise dazu anregen. Dresden hat zur Zeit 628 000 Einwohner, Oper und Schauspiel haben zusammen 2800 Sitzplätze. Rechnet man nur ein reichliches Fünftel der Dresdner Bevölkerung, etwa 140 000, als solche, die für den Besuch einer der beiden Kunststätten in Frage kommen, so würde der nur sechsmalige Theaterbesuch eines jeden von diesen genügen, um beide Häuser an 300 Abenden bis auf den letzten Platz zu füllen.

Und nun noch ein Wort zu den Sinfoniekonzerten. Sie sind eigentlich schuld an diesen Zeilen. Als ich neulich im ersten der zwölf Sinfoniekonzerte der Sächsischen Staatskapelle von meinem „hohen" Standorte aus die vielen leeren Plätze und die gelichteten Parkettreihen wehmütig überschaute, faßte mich die Sorge, wie lange denn noch Staat und Stadt trotz mancher Anfeindung ihre nobile officium der Erhaltung dieser Kunststätten bei weiterer Teilnahmslosigkeit des Publikums werden ausüben können. Bei den Sinfoniekonzerten fällt die geringe Stichhaltigkeit der erwähnten Ausreden besonders ins Auge. Mein Anrechtplatz kostet mich auf den einzelnen Konzertabend gerechnet weniger, als ich für ein Kinobillett anlegen muß, und wer die Programme der diesjährigen Konzerte unvoreingenommen prüft, wird zugeben müssen, daß sie mit besonderer Sorgfalt und gewähltem Geschmack zusammengestellt worden sind und hohe künstlerische Genüsse versprechen. Mag in den letzten Jahren in dieser Beziehung eine gewisse Unsicherheit aus mancherlei Gründen zutage getreten sein, mit diesem Winterprogramm kann sie als überwunden gelten. Und wem noch nicht alle Wünsche erfüllt sind — wo wäre dies bei einem an die Allgemeinheit gerichteten Programm möglich — der bedenke, daß es gilt, eine Kapelle zu hören, um die uns die Welt beneidet, und daß ein Dirigent an ihrer Spitze steht, der erst kürzlich wieder sein Prophetentum im Auslande erwiesen hat, also auch in seiner jetzigen Heimat die gebührende Würdigung finden müßte. Es genügt nicht, daß diese Anerkennung in der Theorie vorhanden ist, sie muß durch die Tat bewiesen werden! Wen kann es wundern, daß die ewige Wandersehnsucht, die in jedem Künstler steckt, stets neue Nahrung erhält, wenn er anderwärts rauschenden Beifall und Zustrom findet und daheim sein Herzblut vor leeren Bänken hingibt.

Neue Preise der Staatsoper! Wird er ungehört verhallen? Ein ernster Mahnruf.
Dr. v. Schuch.

Kunst und Wissenschaft

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater

Opernhaus

Sonnabend, den 22. Oktober, außer Anrecht: „Die Fledermaus" mit Hirzel, Angela Kolniak, Hilde Claire-fried (zum ersten Male Adele), Burg, Elisa Stünzner, Dittrich, Schöffler, Büssel, Ermold. Musikalische Leitung: Striegler; Regie: Staegemann; Tänze: Ellen v. Cleve-Petz. Anfang 7,30 Uhr.

Montag, den 24. Oktober, kommt in neuer Einstudierung und Inszenierung Richard Wagners große tragische Oper „Rienzi" unter musikalischer Leitung von Kutzschbach und in der Inszenierung von Schum mit Bühnenbildern von Mahnke zur Aufführung. Es wurde größter Wert darauf gelegt, trotz monumentaler Gestaltung der Bühnenbilder und Ausnützung des gesamten Bühnenraumes durch einfache Grundanlage der Inszenierung die Umbaupausen gegen früher ganz wesentlich zu verkürzen. Die Titelpartie singt zum ersten Male Curt Taucher, Elsa Wieber (Irene), Bader (Colonna), Marta Fuchs (Adriano), Schmalnauer (Orsini), Nilsson (Raimondo), Lange (Baroncelli), Falke (Cecco), Maria Cebotari (Friedensbote), Sydisch (Herold). Chöre: Pembaur;